

Dialog um des gemeinsamen Handelns zur sozialen Befreiung willen oder den Dialog, dem es um das Einswerden in der mystischen Erfahrung geht. Es muß auch in Zukunft sowohl den Dialog der Kontemplativen geben wie den des normalen menschlichen Zusammenlebens. Die eine Weise des Dialogs betont mehr das Gnadenhafte

des ganzen Unternehmens, nämlich daß wir letztlich vor Gott stehen, um von ihm her die Einheit zu empfangen. Die andere nimmt mehr den Schöpfungsauftrag ernst und bemüht sich um Gesellschaftsreformen und Strukturveränderungen. Innerhalb dieser Spannung kann auch in Zukunft der Dialog der Religionen stattfinden.

## Neue Armut in Frankreich

### Eine Erklärung der Bischofskommission für soziale Fragen

*Im Oktober veröffentlichte die Sozialkommission der französischen Bischofskonferenz eine Erklärung mit dem Titel „Achtung: Armut!“ (vgl. HK, November 1984, 538). Wir dokumentieren den Wortlaut der Erklärung, die in vielem für die Art und Weise typisch ist, in der sich die Kirche unseres Nachbarlandes mit gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzt. Weggelassen wurden kleinere Passagen im ersten Teil und am Schluß sowie der theologische Mittelteil, der an die Haltung des alttestamentlichen Gottesvolkes und Jesu zu den Armen erinnert. Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion.*

„Man leidet in Frankreich heute Hunger!“ Dieser Schrei überrascht. Aber trotzdem: Vom 9. Januar bis zum 24. Februar 1984 verteilten allein die „Chiffoniers d'Emmaus“ 12 000 Mahlzeiten in den Straßen von Paris. Es ist nicht zu leugnen: Die Armut ist zurückgekehrt.

Man glaubte, daß sie am Verschwinden sei. Dreißig Jahre eines beständigen Wirtschaftswachstums hatten gewisse Illusionen genährt: Man dachte, der allgemeine Wohlstand würde den Unterschieden und sozialen Ungerechtigkeiten ein Ende machen und einen breiten Mittelstand hervorbringen, für den Armut nur als außergewöhnlicher Unglücksfall eintreten und auch als ein solcher gemeistert werden könnte. Ein Jahr für Jahr größerer Anteil des Nationaleinkommens wurde für die sozialen Sicherungssysteme ausgegeben.

### „Armut ist unerträglich und entwürdigend“

Das geschieht auch heute noch, und dennoch ist die Armut geblieben. Schlimmer noch: sie nimmt zu. Die Wirtschaftskrise läßt seit 1976 die Zahl der „neuen Armen“ immer stärker ansteigen. In der Überzeugung, daß „die Zukunft nicht dem Fatalismus überlassen werden darf“ (Erklärung der französischen Bischöfe: „Pour de nouveaux modes de vie“ von 1982, Nr. 3), und gestützt auf das Zeugnis all derer, die heute mit den Armen zu tun haben und oft mit ihnen leben, sowie auf das Zeugnis der Armen selber wollen die Mitglieder der Sozialkommission des Episkopats noch einmal eine Spur der Hoffnung aufzeigen, damit die Frohe Botschaft heute den Armen verkündet werden kann ...

Von allen Seiten rütteln Leiter von Sozialhilfebüros, So-

zialarbeiter, örtliche Mandatsträger, hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiter verschiedener karitativer Vereinigungen und Organisationen die öffentliche Meinung auf: Das Drama der Armut verschärft sich.

Sie führen dafür bestimmte Anzeichen an: Die Bitten um Hilfe, einschließlich der Lebensmittelhilfe, werden immer zahlreicher. Die Familienbeihilfekassen werden von Leuten aus gesellschaftlichen Schichten um außerordentliche Darlehen und Unterstützungszahlungen angegangen, die bisher nie auf solche zurückgreifen mußten. Die „Technischen Kommissionen für Berufsausbildung und berufliche Wiedereingliederung“ (Cotorep) sehen sich einem Strom von Eingaben gegenüber, in denen Langzeitarbeitslose um die Unterstützungszahlungen für erwachsene Behinderte nachsuchen. Der Sozialfonds der „Assedic“ hat immer häufiger mit Arbeitssuchenden zu tun, die keinen Anspruch auf Unterstützung mehr haben. Die Verwaltungseinrichtungen für Sozialwohnungen stellen ein Anwachsen der ausstehenden Mietzahlungen fest. Behinderte klagen mit Recht ihre Beihilfen ein, die nicht zum vorgesehenen Zeitpunkt bezahlt worden sind.

Diese Männer und Frauen, die mit ihren neuen Forderungen an den Schaltern der Sozialdienste oder in den Büros der karitativen Organisationen auftauchen, kommen zu den schon traditionell Armen dazu. Zu ihnen zählen etwa Obdachlose, Bettler und Immigranten, Wohnsitzlose, Familien aus der Dritten Welt. Darunter fallen auch ältere oder behinderte Menschen, die dank der medizinischen Errungenschaften länger leben, aber nicht genug zum Leben haben. In bestimmten Regionen gehören zu den Armen kleine Bauern, Hausangestellte oder Landarbeiter. Fast überall gehören dazu Unterprivilegierte, denen die Strukturen unserer Gesellschaft und der bürokratische Apparat jede Möglichkeit zur Reaktion oder zur Verantwortung nehmen.

Wenn man im Blick auf alle diejenigen, die jetzt die Schlangen der Hilfesuchenden vergrößern, von „neuer Armut“ spricht, heißt das nicht, daß sich die Armut in ihrem Wesen verändert hätte. Sie ist nach wie vor unerträglich und entwürdigend.

Was allerdings neu zu sein scheint, ist, daß sie jetzt auch den „Normalfranzosen“ erreicht.

Der „Secours Catholique“ [französische Caritas] beschreibt die von der Armut betroffenen Personen folgen-

dermaßen (Messages, Mai 1984): „Die Armen sind im wesentlichen Franzosen. Sie sind in der Provinz ansässig, vor allem in Städten, aber auch auf dem Dorf. Die Hälfte ist verheiratet, in einem von vier Fällen handelt es sich um eine alleinstehende Frau mit Kindern, und ein Viertel lebt allein: Dabei handelt es sich um Unverheiratete, manchmal auch um Saisonarbeiter oder Wohnsitzlose. In der Mehrzahl sind es jüngere Erwachsene unter 40 (63%) ...“ Die Lage solcher „neuer Armen“ ist meist Ergebnis eines brutalen Mechanismus: Ohnehin schon bedürftig, von jeder Verringerung ihres Einkommens massiv betroffen und ohne irgendeine Stütze, sei es durch Geld, durch gute Gesundheit, Beziehungen oder durch berufliche Fähigkeiten, geraten sie durch die kleinste Erschütterung – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pannen oder Verzögerungen in der Verwaltung, familiärer Zusammenbruch – in die unausweichliche Spirale der Armut. Sie geraten in einen Teufelskreis von Abhängigkeit, Unsicherheit und Isolierung und laufen Gefahr, jede Fähigkeit zur Eigenbestimmung und jede Möglichkeit zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben einzubüßen.

### „Die herkömmliche Sozialpolitik kann nicht mehr greifen“

Ein weiteres neues Element in der gegenwärtigen Situation ist die Massivität und große Unterschiedlichkeit der Notsituationen. Dazu kommt die Schwierigkeit, einmal die Störungen, aus denen Not entsteht, zu erkennen und ihnen vorzubeugen, und zum zweiten, geeignete Lösungen ausfindig zu machen.

Die Wirtschaftskrise vervielfältigt die Unsicherheiten; immer mehr Familien sind betroffen. Man muß nur an die Probleme im Sektor öffentlicher Bauten und Arbeitsmaßnahmen oder an die Umstrukturierungen in der Industrie denken, um zu erkennen, daß die menschlichen Auswirkungen dieser Probleme nicht nur individuelle Fälle betreffen, sondern ganze Bevölkerungsgruppen, für die Arbeit in der Industrie der entscheidende Faktor für Halt und Absicherung war.

In diesem Kontext kann die herkömmliche Sozialpolitik, die in einer Zeit des Wachstums mit der Zielsetzung entworfen wurde, Schwierigkeiten durch von oben festgelegte Regeln und Verfahren zu bewältigen (Familie, Krankheiten, Arbeitsunfälle, Invalidität, Alter, Arbeitslosigkeit, Behinderung etc.), in den neuen Situationen nicht mehr greifen ...

Warum befinden sich heute so viele Männer, Frauen und Familien in einer so prekären Lage, daß sie beim geringsten Schicksalsschlag in die Armut abgleiten?

Für diese massive Notlage gibt es verschiedene Ursachen; sie gehen vielfach ineinander über. Wir können sie hier nicht systematisch darstellen. Es ist allerdings unerlässlich, mindestens einige von ihnen ausdrücklich zu nennen, um damit zu zeigen, daß Armut kein Schicksal ist.

Manche Ursachen reichen wie Wurzeln weit in die Tiefe: Sie bestimmen mehr oder weniger bewußt gängige indivi-

duelle wie kollektive Mentalitäten und Verhaltensweisen, deren Schädlichkeit die Wirtschaftskrise ans Licht gebracht hat. Dazu gehören Systeme und Politiken, die seit längerer Zeit eine Wachstumsideologie hervorbringen und fördern, die die Steigerung der Produktion als Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung betrachtet.

Durch ihren Ausschluß aus den Produktionskreisläufen entgehen bestimmten Einzelnen oder Gruppen die damit verbundenen direkten oder indirekten Vorteile. Sie bekommen dafür die wirtschaftliche Unsicherheit und deren Konsequenzen zu spüren: Es wird für sie zunehmend schwieriger, am Leben einer Gesellschaft teilzuhaben, für die das Geld immer wichtiger und das Netz der gesellschaftlichen Primärbeziehungen immer unwichtiger wird ...

Das gilt auch für bestimmte Völker der Dritten Welt. Die Arbeitsgruppe „Nord-Süd“ der „Allgemeinen Planungskommission“ weist auf das Risiko einer durch die Weltwirtschaft verursachten „tiefgreifenden Marginalisierung“ alles dessen hin, was sich in den Entwicklungsländern nicht den beherrschenden Interessen dieser Wirtschaft fügt (vgl. auch die Ansprache Johannes Pauls II. in Edmonton vom 17. September 1984).

Weiter sind zu nennen: Erziehungssysteme und bestimmte Konzeptionen der Unternehmensführung, die fast ausschließlich den individuellen Erfolg und den Wettbewerb als Spielregeln bevorzugen;

Strömungen eines neuheidnischen Denkens, das den ethischen Vorrang des Starken gegenüber dem Schwachen und des Großen gegenüber dem Kleinen proklamiert;

die zur Zeit stattfindende, äußerst ambivalente Wiederaufwertung des Individualismus zum privilegierten Lebenswert. Das „Ich“ spielt eine neue Rolle (besser leben, für sich selber sorgen, auf seinen Körper achten, nicht alt werden, den Augenblick nutzen), während das Soziale und die Gemeinschaftsaufgaben abgewertet werden. Offensichtlich handelt es sich dabei um eine fest verankerte Verhaltensweise: Sie ist nicht Folge der Wirtschaftskrise, sondern beruht auf dem allgemeinen Funktionszusammenhang der Gesellschaft und vor allem auch auf den Konsumgewohnheiten.

### „Man verliert einander aus den Augen“

Andere Ursachen der massiven Notlage haben unmittelbarer mit der Wirtschaftskrise zu tun. Der Aufruf der Bischöfe vom September 1982 „Pour de nouveaux modes de vie“ stellte fest: „Die Welt von heute, besonders die Dritte Welt, wird durch den internationalen Wettbewerb, die technologische Revolution und die Störungen im Währungssystem destabilisiert“.

Die technologische Revolution, die heute aufgrund ihrer Beschleunigung in einem anderen Licht erscheint, hat schon zwischen 1950 und 1975 in Frankreich einen tiefgehenden Veränderungsprozeß bewirkt. Sie hat zur Abwanderung der Hälfte der Bauern und Landarbeiter in die Industriestädte geführt, während die Bauern, die diesem

Trend nicht folgen konnten, verarmten und marginalisiert wurden.

Den meisten Menschen, die vom Land in die Städte zogen, bot man ein Minimum an sozialer Absicherung und einen erhöhten Lebensstandard als Ausgleich für den Verlust einer Solidarität, die in der Familie, der Nachbarschaft, einer gemeinsamen Geschichte und Kultur und vielfach auch auf der Religiosität fußte.

Man sollte sich davor hüten, die Solidarität auf dem Land zu idealisieren. Sie erlegte dem Individuum wirkliche Zwänge auf; gleichzeitig bildete sie einen natürlichen Schutzschild für diejenigen, die sie einschloß.

Zweifellos trägt die Urbanisierung positiv zur Entfaltung der Menschen bei. Aber so, wie sie sich parallel zur Industrialisierung entwickelt hat, erschwert sie vor allem für die ärmsten Bevölkerungsschichten die Ausbildung und Stabilisierung jener grundlegenden Solidarität, auf Grund deren sich jeder dort, wo er lebt, in einem Netz eingebunden fühlt. Sicher „befreite“ die Stadt von sozialen Zwängen des Dorfes. Die Lebensbedingungen in der Stadt haben aber zur Folge, daß für physisch oder sozial Benachteiligte trotz der verfügbaren Hilfen auch die einfachsten Dinge umständlicher werden.

Manche kommen im Lebensrhythmus nicht mehr mit und werden immer mehr an den Rand gedrängt. Die schwierige Wohnungssituation – man denke an die Schwierigkeiten bestimmter sozialer Schichten, eine geeignete Wohnung zu finden, oder an die Entscheidungen örtlicher Behörden, Problemfamilien nicht in Sozialwohnungen aufzunehmen – gefährdet ein schon angeschlagenes menschliches Gleichgewicht. Das Zusammenleben in der Familie wird den Druck der verschiedenen Zwänge und die täglichen Schwierigkeiten belastet. Man verliert einander aus den Augen; man weiß zwar irgendwie, daß Menschen auf der Strecke bleiben, man ist vage beunruhigt, tröstet sich aber damit, daß der Sozialstaat letztlich doch über alle wacht und allen im Namen aller die gesetzlich vorgeschriebene Solidarität ange-deihen läßt. Die Verstärkung hat einen Nachteil: sie trägt deutlich zur Ausbildung des oben beschriebenen Individualismus bei.

### „Armut ist kein Schicksal“

Sicher hat auch die für die Stadt kennzeichnende Solidarität ihren Wert: Sie entsteht aus der Arbeit oder im Kultur- und Vereinsleben. Aber gerade diese Solidarität ist teilweise selber in eine Krise geraten. Je mehr Arbeit knapp wird, desto stärker wird sie Anlaß und Ort für Spaltungen. Besonders schwerwiegend ist die Spaltung zwischen denen, die Arbeit haben, und denen, die entweder keine haben oder die nur über einen immer stärker gefährdeten Arbeitsplatz verfügen.

Erstere sind vielfach in florierenden Wirtschaftszweigen tätig oder haben eine Dauerbeschäftigung. Ihre Zukunft und ihr Arbeitsplatz sind gesichert; ihre Errungenschaften werden bestätigt, verteidigt oder sogar noch vergrößert, oft auf Kosten derer, die sich nicht organisieren und sich kein Gehör verschaffen können.

Die anderen sind in unsicheren Wirtschaftsbereichen beschäftigt: in kleinen Unternehmen oder als Teilzeitbeschäftigte. Ihre arbeitsrechtliche Stellung ist instabil oder – bei Jugendlichen – noch nicht definitiv festgelegt. Sie verfügen über zu wenig an technischer und allgemeiner Bildung, um mithalten zu können. In diesen Bereichen sind die Arbeiterorganisationen weniger stark vertreten und sehen sich größeren Schwierigkeiten gegenüber.

Die wirtschaftlichen und sozialen Sachzwänge, die das Land zu spalten drohen, werden im allgemeinen so sehr aufrechterhalten und verfestigt, daß man die Frage stellen konnte, ob sich nicht „eine Art stillschweigende Übereinstimmung zwischen all denen, die von einem erworbenen Besitzstand profitieren“, herausgebildet hat, „der es erlaubt, das gesamte Gewicht der neuen Belastungen in der Form der Arbeitslosigkeit auf einem Teil der Bevölkerung abzuladen“.

Ein ganzes Netz von auf die Arbeit gegründeten Beziehungen bricht durch die *Auswirkungen der Arbeitslosigkeit* auseinander. Die Sicherheiten nehmen ab: Für viele ist die Arbeit kein Hoffnungsträger mehr. Auch hier besteht die Gefahr, daß man sich nicht mehr auf die unmittelbare Solidarität verlassen kann, weil man sie in dem Glauben, daß das soziale Netz alle Bürger absichern würde, für weniger wichtig hielt.

### „Die Solidarität bildet ein Gegengewicht“

Angesichts der Nagelprobe durch die offene Krise erweist sich das System der sozialen Sicherheit als unangemessen und krisenanfällig. In einer Zeit des wirtschaftlichen Wachstums entwickelt, als man Arbeitslosigkeit nur als einen zeitlich begrenzten Zustand kannte, ist es darauf ausgerichtet, die einzelnen Probleme jeweils für sich und rational im Blick auf bestimmte Anliegen des Anspruchsberechtigten zu lösen und genau umrissene Bevölkerungsgruppen zu betreuen.

Die jetzige Situation ist bisher nie dagewesen, sowohl was die Zahl der in Schwierigkeiten befindlichen Menschen wie die Bandbreite der betroffenen Schichten anbelangt. Letztlich zeigt sich bei der Untersuchung der verschiedenen Ursachen deutlich, daß die Armut heute, sei sie „neu“ oder „herkömmlich“, nicht als Schicksal und als der unerläßliche Preis für den Fortschritt der Menschheit verstanden werden darf, sondern als Ergebnis bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse gesehen werden muß, die im Namen wirklicher, aber unzulässig sakralisierter wirtschaftlicher Erfordernisse mehr oder weniger bewußt in Kauf genommen werden. Das gilt nicht zuletzt deshalb, weil die Sorge um die Solidarität beinahe ausschließlich dem Staat übertragen wurde.

Gegen diesen faktischen Zustand richten sich die Forderungen, Appelle und Zeugnisse der jüdisch-christlichen Tradition ...

Gott verpflichtet diejenigen, die ihn als Gott anerkennen, zur Anerkennung der anderen als Brüder. Dazu gehört, daß man für sie die Bedingungen für ein wirklich brüderli-

ches Leben schafft. Eine Bedingung dafür ist die Wiederherstellung der Solidarität in der Familie und der Nachbarschaft, auf dem Feld der unmittelbaren, spontanen und persönlich geprägten Beziehungen. Diese Solidarität bildet ein Gegengewicht zu den Erschütterungen, denen Menschen in unsicherer Lage ausgesetzt sind. Hier bietet sich eine Wirkungsmöglichkeit, die jedem offensteht, die ihm ermöglicht, seine Verantwortung zu zeigen und im Umkreis seiner eigenen Beziehungen einzugreifen.

Es geht dabei um ein wichtiges Element im Kampf gegen die Armut, zu dem außer der immer notwendigen unmittelbaren Hilfeleistung auch das Bemühen um ein besseres Funktionieren des Systems der Sozialhilfe gehört, ebenso gesetzgeberische Bemühungen, um genauere Vorgaben für die verschiedenen Bereiche der Politik und in einem allgemeinen Sinn für das politische und gewerkschaftliche Handeln zur Ordnung der Wirtschaft zu machen.

Paul VI. hob schon in seinem Brief [„Octogesima adveniens“] an Kardinal Roy hervor: „Es ist notwendig, im Bereich einer Straße, eines Wohnviertels wie im Ganzen der Gesellschaft das soziale Netz wiederherzustellen, in dem der Mensch die Bedürfnisse seines Personseins entfalten kann. Heute die Stadt aufzubauen, neue Weisen der menschlichen Nähe und Beziehung zu schaffen, eine ursprüngliche Anwendung der sozialen Gerechtigkeit anzustreben und sich um die gemeinsame Zukunft zu kümmern, die schwierig zu werden droht: das sind Aufgaben, an denen sich die Christen beteiligen müssen. Sie müssen eine Botschaft der Hoffnung durch gelebte Brüderlichkeit und konkrete Gerechtigkeit verkünden.“ Die Wiederherstellung der Solidarität ist für die Christen heute eine Weise, in der sie den Willen zur physischen und gefühlsmäßigen Nähe zu den Armen verwirklichen können, die im Leben Jesu und in seiner Verkündigung sichtbar geworden ist, wobei sie sich über das konkrete Vorgehen mit anderen verständigen müssen.

Das gesellschaftliche Gefüge baut sich auf den verschiedenen Ebenen durch Verflechtungen auf, die sich gegenseitig verstärken und bedingen. Sie haben nicht ein für allemal Bestand, sondern erfordern das ständige Bemühen um Anpassung, Wiederherstellung und Erweiterung, an dem jeder Bürger entsprechend seinen Verantwortlichkeiten und Möglichkeiten auf seine Weise beteiligt ist. Oberhalb dieser Bemühungen, die sich mittel- oder längerfristig auf die Armen auswirken, ist die Erarbeitung politischer Maßnahmen in den Bereichen Arbeit, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Wohnungsversorgung, Bildung und Ausbildung angesiedelt. Diese politischen Maßnahmen müßten von Anfang an die Anliegen und Nöte der am meisten Benachteiligten berücksichtigen. Wo es darum geht, diese Politiken vorzubereiten oder zu verändern, ihre Umsetzung zu unterstützen oder einfach ihre Auswirkungen auf die Ärmsten zu überprüfen, ist jeder zur Mitarbeit aufgerufen, sowohl als Individuum wie mittels seiner Stellung im Beruf, in der Politik, in Gewerkschaften und Vereinigungen.

Unterhalb dieser Politiken bestehen vor allem im Kontext der Dezentralisierung und der Stärkung der lokalen und regionalen Zuständigkeiten Auffangnetze, die von den verschiedenen sozialen Diensten geknüpft werden, seien sie vom Staat oder von örtlichen Instanzen getragen.

Auch hier kann jeder in verschiedenen Formen an der Verwirklichung sozialpolitischer Maßnahmen zugunsten benachteiligter Viertel und Städte mitwirken. Das ist deshalb um so notwendiger, weil die Dezentralisierung zwar die Möglichkeit schafft, Solidarität stärker sichtbar zu machen, gleichzeitig aber dann Risiken für die Ärmsten, die marginalen und lästigen Minderheiten, die schwieriger zu unterstützen sind oder als „unheilbar“ gelten, mit sich bringt, wenn die zur Verfügung stehenden Mittel abnehmen. Nach welchen Kriterien und unter Berufung auf welche Werte wird dann eine Auswahl vorgenommen?

### „Karitative Organisationen entwickeln eine soziale Dynamik“

Es gibt sehr viele Vereinigungen mit vielfältigen Zielsetzungen, und jeden Tag kommen neue dazu. Auf Grund ihrer Fähigkeit zur Anpassung an die örtlichen Verhältnisse stellen sie ein wichtiges Ferment für die Wiederbelebung der sozialen Beziehungen sowohl im ländlichen wie im städtischen Raum dar. Sie müßten sich die Frage stellen, wie sie wirksam den gesellschaftlichen Zusammenhalt festigen können.

Es wäre wünschenswert, daß sie aufmerksam das Schicksal ihrer Mitglieder verfolgen und dadurch in einem Notfall schnell dem einen oder anderen von ihnen zu Hilfe kommen können; sie sollten dazu beitragen, die Isolierung aufzubrechen, und sich von sich aus umfassend um das Leben ihrer Mitglieder kümmern, auch über ihre unmittelbaren Zielsetzungen hinaus.

Bestimmte Vereinigungen könnten sich, falls bei den örtlichen Instanzen die Bereitschaft zu ihrer Einbeziehung vorhanden ist, an der Planung und Durchführung bestimmter Infrastrukturmaßnahmen beteiligen. Andere könnten bei einem entsprechenden Blick für die sich bietenden Gelegenheiten in ihrem Viertel an der Schaffung besserer Bedingungen für das Gemeinschaftsleben, das kulturelle Leben und in bezug auf die Wohnungssituation mitwirken.

Unter den Verbänden, die mit der drängenden Situation der Armut konfrontiert sind, muß man den karitativen Organisationen einen besonderen Platz einräumen. Mit Hingabe, Einfallsreichtum und Kompetenz mobilisieren sie Hauptamtliche und viele Ehrenamtliche für vielfältiges solidarisches Handeln mit den Benachteiligten in unserer Gesellschaft. Alle diese Organisationen, jede gemäß ihrer Eigenart, bewirken eine soziale Dynamik. Sie können ihre Tätigkeit noch ausweiten – es wäre wünschenswert –, wenn sie das, was sie versuchen und verwirklichen, mehr bekanntmachen, wenn sie mit Hilfe einfacher, variabler und vielfältiger Vorschläge die Zahl ihrer Helfer steigern,

mit den staatlichen Sozialdiensten zusammenarbeiten und sich an Bewegungen beteiligen, die sie über ihre eigene Organisation hinaus auf andere Herausforderungen aufmerksam machen.

Die christlichen karitativen Organisationen bestehen schon lange. Sie sind notwendiger denn je, um ihren Beitrag im Kampf gegen Armut und Not zu leisten. Die einen, indem sie aus ihrer spirituellen Tradition die Aufforderung ableiten, in den gegenwärtigen Situationen der Armut präsent zu sein; andere, indem sie aus dem Angehen dieser Situationen heraus ihren Glauben vertiefen; einige sehr wichtige Organisationen stehen neben beinahe namenlosen; die einen konzentrieren sich stärker auf die Hilfe in unmittelbaren Notfällen, andere sind mehr der Reflexion oder der Arbeit an den Strukturen verpflichtet. Zusammengenommen bieten sie den Christen einen breiten Fächer von Möglichkeiten zum besonderen Engagement für die Armen und mit ihnen.

Wenn etliche Ordensgemeinschaften ihre vorrangige Berufung darin sehen, Situationen der Armut ausfindig zu machen und zu lindern: ist es dann nicht die ganz besondere Aufgabe der christlichen karitativen Organisationen, die Christen für die Bedeutung der natürlichen nachbarschaftlichen Solidarität zu sensibilisieren?

### „Aus Adressaten der Hilfe werden Helfer“

Die alltäglichen Verflechtungen hängen von der Verantwortung jedes einzelnen ab. Sie entstehen dadurch, daß jeder an seinem Platz die gespannten und trotzdem noch belastungsfähigen Fäden knüpft und neu knüpft, die die Mitglieder einer Familie oder die Familien in einem großen Hochhaus, in einem Wohnblock oder in einem Viertel verbinden.

Heute kommen vor allem in der Stadt Beziehungen meist nicht spontan zustande. Man muß sie wollen, sie anregen, aus sich herausgehen und die Gelegenheiten nutzen, bei denen sie entstehen können.

Normalerweise lassen sich Verbindungen am leichtesten über die Familien und besonders über die schulpflichtigen Kinder knüpfen. Wenn die Familie nicht zu sehr auseinandergefallen ist, kann der einzelne in ihr ein Gegenmittel zu den Aggressionen des Lebens in einer urbanen und industriellen Gesellschaft finden. Jeder kann in der Familie einen Teil seiner selbst schützen und revitalisieren. Man versteht das Insistieren Johannes Pauls II. auf der gesellschaftlichen und damit auch politischen Verantwortung der Familien (vgl. *Familiaris consortio*, n. 42–44). Solche vielgestaltigen Bindungen in der Familie und der Nachbarschaft fehlen zu oft. Wenn die Isolierung zu bestimmten Schwierigkeiten hinzutritt, werden diese multipliziert. Die natürliche Nachbarschaftssolidarität sollte sich, wenn auch informell und behutsam, voll auswirken, ohne daß man dem anderen vorschreiben würde, was er zu tun hätte.

Wer etwas tun will – und das ist das Entscheidende –, dem lassen sich auf Grund der unzähligen, meist bescheidenen und diskreten Solidaritätsaktionen, die beinahe überall in Frankreich anzutreffen sind, einige Grundlinien für das „Wie“ seines Tuns vermitteln.

An der Basis, vor Ort, in unmittelbarer Nähe zu den konkreten Situationen muß man die Gelegenheiten und Möglichkeiten zur Anknüpfung alltäglicher Bindungen ausfindig machen. Die Menschen machen sich zusammen auf den Weg, wenn sie sehen, daß sich etwas tut. Manchmal sind es gerade die eigenen Schwierigkeiten, die sie zusammen mit anderen zum Handeln anleiten.

Ausgehend von einem persönlichen Problem, kommen sie weiter, verstehen den Sinn des solidarischen Handelns besser und erkennen, daß nichts einfach Schicksal ist. Indem sie untereinander zusammenkommen und miteinander irgend etwas, wenn auch Bescheidenes verwirklichen, beweisen sie Erfindungsgabe und Initiative. Aus Adressaten der Hilfe werden Helfer.

Wenn sie als wirkliche Partner anerkannt werden, die auch zu Wort kommen, werden die Armen selber, wie die Erfahrung gezeigt hat, zu Akteuren ihrer eigenen Rettung und der Rettung derer, die ihr Schicksal teilen. Diese Arbeit erfordert viel Zeit und Ausdauer. Es braucht dazu normalerweise eine oder mehrere Personen, die sich um die Verknüpfung der von ihnen teilweise angeregten Initiativen und individuellen Aktionen bemühen.

Der aus einem persönlichen Charisma heraus ausgeübte oder oft von kleinen Ordensgemeinschaften (in herkömmlicher oder neuer Weise) gelebte Sinn für die Diakonie ist integrierender Bestandteil einer als Gemeinschaft lebenden Kirche.

Die Pfarrei erfüllt mit ihrem klar umrissenen Territorium, das mehr oder weniger große Anteile an städtischen Quartieren oder an ländlichem Gebiet umfaßt, die Voraussetzungen, um an dieser Aufgabe mitzuwirken.

Müßte es nicht dort, wo die Eucharistie gefeiert und das Brot für das Leben der Welt geteilt wird, einen ständigen Aufruf und die Ermunterung geben zur Berufung, Menschen aufzunehmen, eine gastfreundliche und dienende Gemeinschaft besonders für diejenigen zu sein, die am Rand der Gesellschaft leben oder durch Not und Schwierigkeiten gebeugt sind? Wie sollte man dort nicht konkrete Vorstellungen darüber entwickeln, wie mit Hilfe der karitativen Bewegungen und anderer kirchlicher Bewegungen die Bande der Solidarität mit den Armen in der Nachbarschaft wiederhergestellt werden können? Auf der Grundlage der vielfältigen Beziehungen, die in der Pfarrei durch die Katechese, die Vorbereitung auf die Sakramente, die Liturgiegruppen, die apostolischen Bewegungen und verschiedene andere Gruppierungen bestehen – man müßte die Dinge jeweils im einzelnen untersuchen –, könnte sich die Öffnung hin zu den verschiedenen Formen der Armut konkretisieren und erweitern. Sie könnte gleichermaßen das Leben der ganzen christlichen Gemeinde nähren und Zeichen des Gottesreiches für die Welt sein ...